

In Limburgerhof w

Oberverwaltungsgericht entschied: Schwarzer Peter

Von unserem Redaktionsmitglied
WALTER LÖCKEL

LUDWIGSHAFEN. - Ein Dreivierteljahr währte die Freude der Sozialdemokraten über jenes Eigentor, mit dem sich die Christdemokraten selbst aus dem Rathaus der vorderpfälzischen Gemeinde Limburgerhof herausgeschossen hatten. Im Mai müssen die Limburgerhofer erneut an die Urnen: Nicht die CDU sei schuld an der Wahlpanne, die ihren Ursprung darin hatte, daß auf dem CDU-Wahlvorschlag fünf Unterschriften fehlten, sondern der örtliche Wahlleiter, der sich einen „erheblichen Verstoß“ gegen die Wahlvorschriften des Kommunalwahlgesetzes habe zuschulden kommen lassen, stellte das Oberverwaltungsgericht in Koblenz jetzt fest.

Schon die Kreisverwaltung Ludwigshafen am Rhein als zuständige Aufsichtsbehörde hatte mit Bescheid vom 13. September 1979 die Gemeinderatswahl Limburgerhof vom 10. Juni 1979 für ungültig erklärt und zugleich eine Wiederholungswahl angeordnet. Aber die Gemeinde hatte am 31. Oktober mit Erfolg gegen die Auffassung der Kreisverwaltung geklagt, der Wahlleiter bzw. sein Beauftragter „hätten es in pflichtwidriger Weise unterlassen, auf die Beibringung der fehlenden Unterschriften bei der Vorschlagsliste der CDU hinzuweisen“. Das Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße hob die Verfügung der Kreisverwaltung auf und stellte seinerseits fest, daß weder der Wahlleiter noch sein Beauftragter eine Pflichtverletzung begangen hätten und die fehlenden Unterschriften „allein dem Verantwortungsbereich der CDU“ anzulasten seien.

In der Gemeinde Limburgerhof, mitten im Wahlkreis des CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, hatte sich knapp einen Monat vor der Kommunalwahl folgendes zugetragen: Die bis dahin mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat „regierenden“ Christdemokraten hatten ihren Wahlvorschlag schon frühzeitig parteioffiziell aufgestellt. Einen Tag vor der letzten Abgabefrist, am 6. Mai 1979, traf man sich nach dem Gottesdienst im Pfarrheim zum Frühschoppen, um noch einmal alles zu besprechen. Tags darauf gab dann Frau Eisele, die Ehefrau des damaligen und an diesem Tage erkrankten Ersten Beigeordneten der Gemeinde Limburgerhof, den CDU-Wahlvorschlag um 14.22 Uhr, genau 158 Minuten vor Ablauf der Einreichungsfrist, bei dem Gemeindeangestellten Steinmüller ab. Der Angestellte war vom Bürgermeister mit der Führung der laufenden Wahlgeschäfte beauftragt worden, da der Bürgermeister an einer Kreisversammlung teilnahm. Als der Gemeindeangestellte das Fehlen der fünf erforderlichen Unterschriften auf dem CDU-Wahlvorschlag bemerkte, versuchte er ab 15.08 Uhr wiederholt ohne Erfolg, den Vertrauensmann der CDU oder dessen Stellvertreter telefonisch zu verständigen. So lief die Uhr gegen die Interes-

sen der CDU ab, und vor 7. Mai 1979 schien es, als die Wahl vom 10. Juni schon vor die Urnen geöffnet wü-

Die Vertreter der CDU warfen dem Gemeindevorstand, wie in der Koblenzgründung zitiert wird, so bewußt zum Nachteil der So habe er am Spätnachmittag also nach Dienstschluß (Gründung), einem Bekanntmachung, „Heute haben wir es den, womit die CDU gemeint ist. Oberverwaltungsgericht stritten Vorgänge jedoch, weil der Vorsitzende sor Dr. Bickel dem Verstreit eine ganz andere We-

Alle diese angeschnitten könnten unberücksichtigt. Bürgermeister als Wahl obliegenden Sorge für eine mäßige Vorbereitung und Durchführung Wahl nicht nachgekommen von ihm erlassene örtliche

Deshalb hat sich Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl nach dem jüngsten Zentralbankratsbeschuß mit Diskonterhöhung ausdrücklich auch an die „internationale Öffentlichkeit“ gewandt: Mit der Zinserhöhung „muß die D-Mark auch in Zukunft als eine harte Währung angesehen werden“, sie soll „zu einer marktmäßigen Finanzierung des deutschen Leistungs-

Kapital herab

Gewinnaussicht besser werden

Durch die „ordentliche“ Kapitalherabsetzung wird zugleich der Verlustvortrag von 210 Mill. DM beseitigt. Da außerdem die Rücklagen von 235 auf 260 Mill. DM erhöht werden, verspricht sich die Konzernführung künftig eine Erleichterung der Zahlung von Dividende, die letztmalig für das Geschäftsjahr 1973/74 erfolgte.

Die für den 2. Mai angesetzte Hauptversammlung muß mit 75 Prozent des „vertretenen Grundkapitals“ die Zustimmung zu diesem Konzept geben.

MARKT

Liefer

Bonn.

Angaben
riums au
tigste O
publik.
der UdS
(i. V. 11
delspart
dern im
samen V
DM. Ins
lik 1979
Wirtscha
Werte v
gleichen
16 Mrd.
einführt

Die gr
umsatz
Sowjetu
stoff- u
Lieferun
publik
während
Prozent
verkehr
Staatsha
Asiens
erreichte